

**Mündliche Anfragen
gemäß § 47 der Geschäftsordnung
des Niedersächsischen Landtages**

Hannover, den 07.12.2016

1. Welchen besonderen Herausforderungen bei der Behandlung kranker Straftäter müssen sich die niedersächsischen Maßregelvollzugseinrichtungen künftig stellen?

Abgeordnete Volker Meyer, Dr. Max Matthiesen, Petra Joumaah, Burkhard Jasper, Gudrun Pieper, Annette Schwarz (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die niedersächsischen Maßregelvollzugseinrichtungen haben die schwierige Aufgabe, mit kranken Straftätern unterschiedlichster Herkunft und Sozialisation umzugehen. So gibt es bei der Therapie kranker Straftäter ausländischer Herkunft oft kulturelle Hürden, die die Behandlung erschweren. Aus Brandenburg gab es aus diesen Gründen im vergangenen Jahr bereits den Vorstoß, eine länderübergreifende Spezialeinrichtung mit speziell geschulten Fachkräften zur Behandlung von psychisch kranken Straftätern mit Migrationshintergrund einzurichten.

Zu manchen Kulturkreisen bekomme man nur schwer Zugang, heißt es aus Brandenburg. Zum Beispiel gebe es Täter, die sich weigerten, mit Frauen zu sprechen, der überwiegende Teil des therapeutischen Personals sei allerdings weiblich. Größtes Problem sei jedoch die Sprache. Man versuche daher, sich über Dolmetscher zu behelfen, was bei einer Therapie aber schwierig sei. Um analysieren zu können, wie jemand auf eine Frage reagiere, dürfe es keinen Zeitverzug durch Übersetzung geben. So könne man den Menschen, die teils schwer traumatisiert seien, nicht gerecht werden, heißt es aus Brandenburg. Ein zentrale Spezialeinrichtung in Deutschland, in der ausländische Täter aus dem gesamten Bundesgebiet von dafür extra ausgebildeten Ärzten und Therapeuten begleitet werden, könne daher die Chancen auf einen Therapieerfolg und die gewünschte Resozialisierung erhöhen.

Da der Maßregelvollzug Ländersache ist, müssten sich die Länder untereinander auf eine solche gemeinsame Einrichtung verständigen.

- 1. Wie hoch ist der Anteil an Straftätern ausländischer Herkunft in den niedersächsischen Maßregelvollzugseinrichtungen - differenziert nach den Unterbringungen gemäß § 63 und § 64 StGB?**
- 2. Welche Unterschiede gibt es bei der therapeutischen Behandlung von kranken Straftätern mit Migrationshintergrund in Abhängigkeit von ihrer kulturellen Identität und ihrer Kenntnis der deutschen Sprache?**
- 3. Wie gehen die niedersächsischen Maßregelvollzugseinrichtungen mit kranken Straftätern um, die einen salafistischen bzw. islamistischen Hintergrund haben?**

2. Vernetzung im Rahmen der neuen Hightech-Strategie der Bundesregierung - Wie erfolgreich sind Niedersachsens Unternehmen im Wettbewerb?

Abgeordnete Dr. Gabriele Andretta (SPD)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Eine intelligente Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft regional wie international ist der Schlüssel für erfolgreiche Innovationen. Mit Blick auf den anhaltenden Trend zur Internationalisierung sind besonders KMU gefordert: Die industriellen Wertschöpfungsketten sind heute zunehmend global ausgerichtet, Forschung und Entwicklung, Produktion und Vertrieb sind häufig auf verschiedene Standorte in der Welt verteilt. Die Integration von Unternehmen in internationale Wis-

sensflüsse ist entscheidend für ihre Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Hightech-Strategie ein neues Förderprogramm zur Internationalisierung von Spitzenclustern, Zukunftsprojekten und vergleichbaren Netzwerken aufgelegt. Zwei Förderrunden sind schon abgeschlossen, die Ausschreibung für eine Dritte erfolgt in diesem Dezember.

1. **Welche regionalen Cluster und Netzwerke aus thematischen Zusammenschlüssen von Akteuren aus Wissenschaft und Wirtschaft wurden jeweils in der ersten und zweiten Förderrunde aus Niedersachsen ausgewählt?**
2. **Wie bewertet die Landesregierung das Abschneiden niedersächsischer Unternehmen insgesamt in den Wettbewerben der Hightech-Strategie?**
3. **Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Internationalisierung regionaler Cluster voranzutreiben und die Vernetzung zwischen Forschung und Unternehmen zu unterstützen?**

3. **Strafverfolgung von NS-Verbrechen in Niedersachsen**

Abgeordnete Helge Limburg, Filiz Polat, Julia Willie Hamburg, Belit Onay, Heiner Scholing und Meta Janssen-Kucz (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Mehr als sieben Jahrzehnte nach dem Holocaust nimmt die Zahl derer, die als Überlebende von den NS-Verbrechen berichten können, ab. Gleichfalls nimmt die Zahl der Täterinnen und Täter ab, die für ihre Taten in den Konzentrationslagern oder an anderen Stellen während der NS-Zeit zur Rechenschaft gezogen werden können. „Der wohl letzte NS-Prozess in Deutschland“ betitelt der *Tagesspiegel* am 17. Juni 2016 den Bericht zur Verurteilung des früheren SS-Wachmanns Reinhold Hanning wegen Beihilfe zum Mord an 170 000 Menschen durch das Landgericht Detmold.

In Niedersachsen wurde zuletzt im Juli 2015 Oskar Gröning, bekannt als „Buchhalter von Auschwitz“, vor dem Landgericht Lüneburg wegen Beihilfe zum Mord in 300 000 Fällen zu einer Haftstrafe von vier Jahren verurteilt. Nebenklage und Verteidigung legten Revision ein. Der Bundesgerichtshof wies Ende November 2016 die Revisionsanträge ab. Damit ist das Urteil gegen Oskar Gröning rechtskräftig. Gröning wurde verurteilt, ohne dass ihm eine konkrete Tötung nachgewiesen wurde. Nach Auffassung des Landgerichts Lüneburg und des Bundesgerichtshofs leistete er allein durch seine Tätigkeit in Auschwitz einen Tatbeitrag zum hunderttausendfachen Mord. Nach Auffassung von Expertinnen und Experten ermöglicht das Urteil neue Ermittlungen gegen weitere Personen, die in Konzentrationslagern oder an anderen Stellen der NS-Mordmaschinerie tätig waren, gegen die bislang mangels eines Nachweises einer unmittelbaren Tötung kein Gerichtsverfahren geführt wurde.

Im Kriegsgefangenen- und Konzentrationslager Bergen-Belsen kamen zwischen 1941 und 1945 mehr als 70 000 Menschen um. Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen gibt an, derzeit auch Ermittlungen wegen Verbrechen im Konzentrationslager Bergen-Belsen zu prüfen.

1. **Wie viele Ermittlungsverfahren wegen NS-Verbrechen werden gegenwärtig bei niedersächsischen Staatsanwaltschaften geführt?**
2. **Welche Staatsanwaltschaften führen jeweils die unter 1. genannten Ermittlungen?**
3. **Ist der Landesregierung bekannt, ob Staatsanwaltschaften anderer Länder zu Taten in Konzentrationslagern, die im heutigen Niedersachsen lagen, ermitteln?**

4. **Vereinbarung des Landes Niedersachsen mit den kommunalen Spitzenverbänden im Schulbereich**

Abgeordnete Björn Försterling, Jan-Christoph Oetjen und Jörg Bode (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Beim Philologenverbandstag in Goslar am 30. November 2016 hat Kultusministerin Frauke Heiligenstadt in ihrer Rede gesagt: „In diesem Zusammenhang habe ich eine gute Nachricht für Sie mitgebracht: Die Niedersächsische Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände Niedersachsen haben sich grundsätzlich über ein Gesamtpaket für die Kostentragung im Schulbereich verständigt, das sich sehen lassen kann. Wir stehen kurz vor der Unterschrift.“

Es geht um mehr Schulsozialarbeit und um dauerhaft verankerte Schulsozialarbeit, es geht um zusätzliches Geld für die Systemadministration, und es geht um klare Regelungen bei den Schulverwaltungskräften.“

1. **Für wann ist die Unterschrift vorgesehen (bitte konkretes Datum nennen)?**
2. **Welche Themenbereiche mit welchen Inhalten deckt die Vereinbarung konkret ab?**
3. **Wie ist bei diesem Themenbereichen der Vereinbarung bzw. der Entwurf im Wortlaut?**

5. **Wann legt die Landesregierung ihren schriftlichen Bericht über die ihr vorliegenden Erkenntnisse zu den Untersuchungsgegenständen des 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Tätigkeit der Sicherheitsbehörden gegen die islamistische Bedrohung in Niedersachsen“ vor?**

Abgeordneter Jens Nacke (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Der Landtag hat in seiner 97. Sitzung am 4. Mai 2016 die Einsetzung eines 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Tätigkeit der Sicherheitsbehörden gegen die islamistische Bedrohung in Niedersachsen“ beschlossen.

In dem Einsetzungsbeschluss wird die Landesregierung aufgefordert, einen schriftlichen Bericht über die ihr vorliegenden Erkenntnisse zu den Untersuchungsgegenständen vorzulegen.

Der geforderte schriftliche Bericht der Landesregierung liegt auch sieben Monate nach Einsetzung des 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses noch nicht vor.

1. **Wie konkret hat die Landesregierung seit Einsetzung des 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses an dem Bericht gearbeitet?**
2. **Wie viele Seiten des schriftlichen Berichts liegen inzwischen vor?**
3. **Wann soll der fertige Bericht den Mitgliedern des 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses nach jetzigem Planungsstand der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden?**

6. **Familienfreundlichkeit der Ministerien**

Abgeordneter Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Das audit-berufundfamilie-Zertifikat ist nach eigenen Angaben „ein strategisches Managementinstrument, das Unternehmen und Institutionen dazu nutzen, ihre Personalpolitik familien- und lebensphasenbewusst auszurichten.“

Laut dem Internetportal www.familien-in-niedersachsen.de erhielten in diesem Jahr deutschlandweit insgesamt 297 Arbeitgeber die Auszeichnung. In Niedersachsen erhielten 115 Unternehmen

und Institutionen sowie 13 Hochschulen ein Zertifikat. Auch die Niedersächsische Staatskanzlei und sechs weitere Ministerien wurden mit dem Zertifikat ausgezeichnet. Allerdings ist umstritten, inwieweit diese Zertifizierung die tatsächliche alltägliche Familienfreundlichkeit abbildet.

1. **Wie viele mobile Endgeräte stehen in den einzelnen Ministerien für Mitarbeiter zur Verfügung, die aufgrund von Krankheit der Kinder nicht zur Arbeit kommen können?**
2. **Wie viele Eltern-Kind-Räume gibt es in den einzelnen Ministerien?**
3. **Besteht in den einzelnen Ministerien die Möglichkeit einer Kinderbetreuung?**

7. **Wo überall lauert die Gefahr von gesundheitsschädigendem Asbest in öffentlichen Gebäuden?**

Abgeordnete Martin Bäumer, Ernst-Ingolf Angermann, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Ingrid-Klopp, Clemens Große Macke und Axel Miesner (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im *Rundblick - Politikjournal für Niedersachsen* - wird in Ausgabe 221 am 5. Dezember 2016 unter dem Titel „Asbestsanierung schreckt Mitarbeiter im Wissenschaftsressort auf“ von einer Mitteilung der Hausverwaltung im Wissenschaftsministerium berichtet. Die genannte Mitteilung beinhaltete eine Bitte an alle Beschäftigten in dem früheren Preussag-Gebäude, weder Nägel in die Wand zu schlagen noch Bilder aufzuhängen. „Hintergrund sei, dass teilweise asbesthaltige Putze, Spachtelmassen und Fliesenkleber verwendet worden seien, die im ‚eingebauten, ruhenden Zustand keine Gefahr für die Gesundheit‘, darstellten. Bei Rissbildung oder großflächigen Abplatzungen sei die Hausverwaltung zu informieren.

1. **Sind weitere Gebäude im Zuständigkeitsbereich des staatlichen Baumanagements bzw. der Landesverwaltung in Niedersachsen bezüglich oben genannter Thematik betroffen und, wenn ja, welche?**
2. **Welche öffentlichen Gebäude in Niedersachsen wurden in der Vergangenheit mit welchem Ergebnis untersucht?**
3. **Was will die Landesregierung bezüglich der in Frage 1 genannten asbestverseuchten Gebäude in Zukunft unternehmen?**

8. **Wird die Migrationsforschung in Niedersachsen geschwächt?**

Abgeordneter Burkhard Jasper (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Bundesministerin Schwesig hat jüngst angekündigt, den Ausbau einer stark gegenwartsorientierten und von soziologischen Fragestellungen bestimmten Migrationsforschung an den Hochschulen in Berlin und Duisburg-Essen finanziell zu fördern. Die Universität Osnabrück wurde nicht berücksichtigt, obwohl dort ein entsprechender Forschungsschwerpunkt seit Jahrzehnten besteht.

1. **Weshalb wurde die Universität Osnabrück nicht berücksichtigt?**
2. **Was unternimmt die Landesregierung gegen die Benachteiligung der Migrationsforschung in Niedersachsen durch die Mittelvergabe des Bundesministeriums?**
3. **Wie hat sich die Landesregierung für die Universität Osnabrück eingesetzt?**

9. Änderungsbedarf bei der Ringelschwanzprämie?

Abgeordnete Helmut Dammann-Tamke, Frank Oesterhelweg und Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Seit Dezember 2015 werden die ersten Mastschweinbetriebe durch die Tierwohlprämie gefördert. Durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) wurden 28 Millionen Euro für die Verbesserung des Tierwohls von Legehennen und Mastschweinen bereitgestellt (<http://www.ml.niedersachsen.de/service/pressemitteilungen/agrarminister-meyer-ringelschwanzpraemie-startet-mit-1650-euro-134624.html>). Momentan wird eine Ringelschwanzprämie von 16,50 Euro vom Land gezahlt. Der Landesbauernverband geht jedoch davon aus, dass erst mit einer Prämie von 25,00 Euro die entstehenden Kosten tatsächlich gedeckt werden können. In diesem Jahr liegen der Landesregierung 156 Neuanträge vor. Niedersachsen ist Heimatland von insgesamt 5 400 Schweinemästern. Anträge liegen dementsprechend für nur 2,5 % der Mastschweine vor.

1. **Wie kommt das Ministerium auf den Förderbetrag von 16,50 Euro während der Landesbauernverband davon ausgeht, dass eine Kostendeckung erst mit einer Prämie von 25,00 Euro erreicht wird?**
2. **Ist der negative Deckungsbeitrag ursächlich für die geringe Anzahl an Anträgen?**
3. **Wie plant die Landesregierung, die Attraktivität des Programms zu erhöhen?**

10. Nachfrage zu Drucksache 17/6890: Welche Herdenausbrüche können aller Wahrscheinlichkeit nach auf den Wolf zurückgeführt werden?

Abgeordneter Ernst-Ingolf Angermann (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

In der Antwort auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung in der Drucksache 17/6890 führte das Umweltministerium auf Frage 2 aus, dass es Herdenausbrüche gebe, die aller Wahrscheinlichkeit nach auf den Wolf zurückzuführen seien.

1. **Welche Herdenausbrüche (bitte einzeln mit Ort, Datum, Tierart und Anzahl der Tiere angeben) wurden nach Wissen der Landesregierung aller Wahrscheinlichkeit nach vom Wolf verursacht?**
2. **Welche konkreten Herdenausbrüche (bitte einzeln mit Ort, Datum, Tierart und Anzahl der Tiere angeben) wurden nachweislich durch den Wolf verursacht?**
3. **Durch welche Nachweise kommt die Landesregierung zu der Feststellung, dass die einzelnen Herdenausbrüche auf den Wolf zurückzuführen sind (bitte Nachweise den einzelnen Herdenausbrüchen zuordnen)?**

11. Präventionsmaßnahmen Vogelgrippe

Abgeordnete Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Rainer Fredermann, Helmut Dammann-Tamke, Heiner Ehlen und Frank Oesterhelweg (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Das Land Niedersachsen hatte in der Vergangenheit bereits mehrere Ausbrüche einer Vogelgrippe zu beklagen. Dies hat der Geflügelwirtschaft in Niedersachsen erhebliche direkte und indirekte Verluste eingebracht. Wie eine Sprecherin des Landwirtschaftsministeriums in einer Unterrichtung zum Ausbruch der Vogelgrippe im LK Cloppenburg vom 30. November 2016 im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung erläuterte, werde die genannte In-

fektion durch Zugvögel eingeschleppt bzw. übertragen. Laut dem Ministerium bestehe diese Gefahr aufgrund der Flugwege der Wildvögel jedes Jahr aufs Neue.

1. **Welche prophylaktischen Überwachungsmaßnahmen wurden in der Vergangenheit ergriffen?**
2. **Wie häufig wurden an welchen Standorten Proben auf welche Erreger und von wem untersucht?**
3. **Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um in den kommenden Jahren das Eintragungsrisiko zu vermeiden?**

12. Welche Aufgaben hat die Kommission zur Aufarbeitung des Antisemitismus-Falls an der HAWK?

Abgeordneter Jörg Hillmer (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

In einer Pressemitteilung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur vom 14. November 2016 wird das Ergebnis eines Gutachtens des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung zu einem inzwischen eingestellten Seminarangebot an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzwinden/Göttingen (HAWK) so beschrieben: „Sowohl in der Konzeption als auch in der Durchführung des Seminars ‚Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina‘ sind gravierende wissenschaftliche Mängel festzustellen.“ Als Konsequenz daraus heißt es in der Pressemitteilung weiter: „Das Wissenschaftsministerium wird unverzüglich mit dem Präsidium der HAWK eine Zielvereinbarung auf den Weg bringen, um die mit dem Gutachten erforderlichen Konsequenzen umzusetzen. Die Hochschule wird damit aufgefordert, zeitnah ein Konzept zur Qualitätssicherung in der Lehre zu erstellen, dabei die Einbindung der Studierendenevaluationen darzulegen, Auswahlkriterien bei Lehrbeauftragten zu erarbeiten und sicherzustellen, dass es keine vergleichbaren Sachverhalte an der Hochschule gibt. Zudem unterstützt das MWK zur hochschulinternen Aufarbeitung die Einrichtung einer fakultätsübergreifenden Kommission.“

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur, sagte laut dieser Pressemitteilung: „Es ist Aufgabe jeder Hochschule, sich mit Antisemitismus kritisch auseinanderzusetzen. Umso wichtiger ist es, aus diesem Fall für die zukünftige Gestaltung von Lehrangeboten Konsequenzen zu ziehen.“

Die HAWK teilte am 14. November 2016 mit: „Die Hochschulleitung akzeptiert die Bewertung des Zentrums für Antisemitismusforschung. Sie wird umgehend die erforderlichen Konsequenzen aus dem Gutachten ziehen und sich dabei eng mit dem Wissenschaftsministerium abstimmen.“ Am 23. November 2016 heißt es in einem auf der Internetseite der HAWK veröffentlichten Beschluss des Hochschulsenats: „Der Senat begrüßt, dass sich das Ministerium dem Vorschlag des Senats angeschlossen hat, eine Arbeitsgruppe einzusetzen.“

1. **Welche Mitarbeiter des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur werden an der von der Ministerin angekündigten Arbeitsgruppe bzw. Kommission an der HAWK mitwirken?**
2. **Wie genau lautet der Auftrag der an der HAWK tätigen Kommission bzw. Arbeitsgruppe?**
3. **Welcher Zeitplan ist für die Arbeit der Kommission bzw. Arbeitsgruppe genau vorgesehen (Zeitpunkt der Berufung/Einsetzung, weitere Termine, Zeitpunkt der Vorstellung der Ergebnisse)?**

13. Wird der zweite Bauabschnitt des Justizzentrums Osnabrück zügig realisiert?

Abgeordneter Burkhard Jasper (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Mit der geplanten Realisierung des zweiten Bauabschnitts beim Justizzentrum Osnabrück soll der Sanierungstau abgebaut werden, der nach allgemeiner Ansicht am Standort besteht. Für diese Maßnahmen sind nach dem Entwurf des Haushaltsplans 2017 100 000 Euro, 2018 2,5 Millionen Euro sowie 2019 und später 27,4 Millionen Euro vorgesehen, insgesamt somit 30 Millionen Euro. Priorität genießt dabei der Neubau auf den Flächen für den Justizvollzug und die Gerichte.

- 1. Sollen der Abbruch der JVA und der Neubau an diesem Standort für den Justizvollzug und die Nebenstelle des Amtsgerichts zügig realisiert werden oder dauert die Umsetzung unter Umständen noch mehrere Jahre?**
- 2. Wird sich daran sofort der Anbau an das bestehende Gebäude der Staatsanwaltschaft anschließen, sodass die Nebenstelle an der Goethestraße aufgegeben werden kann?**
- 3. Wird mit den Maßnahmen auch ein einheitlicher Eingangsbereich von Land- und Amtsgericht geschaffen?**

14. Wann werden Erleichterungen bei der Arbeitszeitdokumentation in der Landwirtschaft umgesetzt?

Abgeordnete Hermann Grupe, Dr. Stefan Birkner, Gabriela König, Jörg Bode und Horst Kortlang (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Branchen Landwirtschaft und Gartenbau haben mit der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) durch den Abschluss eines Mindestentgelttarifvertrages eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn vereinbart. Der Tarifvertrag wurde nach dem Arbeitnehmerentendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt. Aus diesem Grund ist die Bundesregierung bisher davon ausgegangen, dass bezüglich der Aufzeichnungspflichten für Landwirtschaft und Gartenbau nicht die Regelungen des Mindestlohngesetzes, sondern die des Arbeitnehmerentendegesetzes anzuwenden seien. Dieser Auffassung hat nun das Oberlandesgericht (OLG) Hamm in einem Urteil widersprochen (*Agra-Europe* vom 28. November 2016: Länderberichte, Seite 2). Demnach bestehe lediglich eine Pflicht zur Arbeitszeitdokumentation nach dem Mindestlohngesetz. Diese unbürokratischere Regelung werde in der Praxis bisher nicht angewendet, mahnte der Verband Rheinischer Obst- und Gemüseanbauer an. Ohne eine Dienstanweisung an die zuständigen Behörden werde die bestehende Prüfpraxis fortgesetzt, und Arbeitgeber müssten auch weiterhin mit Geldbußen rechnen, wenn sie sich nicht an die bisher geltende Rechtsauffassung hielten.

- 1. Wie bewertet die Landesregierung das Urteil des OLG Hamm?**
- 2. Welche Behörden sind für die Umsetzung des Urteils des OLG Hamm zuständig, und welche Behörden müssten diese Umsetzung anweisen?**
- 3. Wie hat die Landesregierung bisher und wie wird sie in Zukunft dazu beitragen, dass das Urteil des OLG Hamm schnellstmöglich umgesetzt wird und die landwirtschaftlichen Betriebe, die Gartenbaubetriebe sowie die öffentliche Verwaltung auf diese Weise von unnötiger Bürokratie verschont werden?**

15. B 65: Welche Beeinträchtigungen gehen mit einem Neubau der Ortsumgehung Bad Essen/Wehrendorf einher?

Abgeordnete Gabriela König (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Bundesstraße 65 hat durch mehrere Maßnahmen in den Bundesverkehrswegeplan 2030 Einzug gehalten. Eine dieser Maßnahmen ist die Ortsumgehung bei Bad Essen. In diesem Abschnitt der B 65 ist ein 13,3 km langer Neubau in zweistreifiger Ausführung geplant. Vor Ort hat sich die Bürgerinitiative „Stoppt die B65 neu“ gegründet. Die Bürgerinitiative listet eine Fülle von Einwendungen gegen den geplanten Verlauf der B 65 neu auf. Unter anderem werden erhebliche Eingriffe in die gewachsene Kulturlandschaft und Grundwasserabsenkungen angeführt. Diese und zahlreiche weitere Folgen, welche auch in einer Ratsvorlage (Vorlage-Nr.: FD3/2016/099) der Stadt Bad Essen aufgezählt werden, haben negativen Einfluss auf die gemäß Naturschutzgesetzgebung bekannten Schutzgüter.

- 1. Welche Bedeutung hat die Maßnahme B 65 OU Bad Essen/Wehrendorf (B 65-G10-NW-NI-T1-NI) aus Sicht der Landesregierung für die betroffenen Ortschaften und Einwohner, für die Region und für den übergeordneten Verkehr?**
- 2. In welcher Form konnten die Bürgerinnen und Bürger, die kommunalen Parlamente und die betroffenen Kommunen bisher Stellung zum Projekt oder zu Teilaspekten des Projektes nehmen bzw. Stellungnahmen abgeben?**
- 3. In welcher Form können die Bürgerinnen und Bürger, die kommunalen Parlamente und die betroffenen Kommunen noch Einfluss auf das Projekt, einschließlich der Umverlegung der B 65 in Nordrhein-Westfalen, oder auf Teilaspekte des Projektes Einfluss nehmen?**

16. Bekommt die Bahnstrecke Elze–Löhne zwei Gleise oder eine Oberleitung?

Abgeordnete Gabriela König, Christian Grascha, Hermann Grupe und Jörg Bode (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Seit einigen Wochen wird in der *Deister-Weser-Zeitung* über die Zukunft der Bahnstrecke Elze–Löhne berichtet. Im Artikel „An der SPD-Basis rumort es“ (*Deister-Weser-Zeitung*, 29. November 2016) wird beschrieben, dass eine Elektrifizierung der Strecke „durchaus eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Weserbergland“ darstellen könnte. Zudem werden Vorteile für die Umwelt, für eine mögliche Verbesserung im Bereich Lärm und Lärmschutz und eine Steigerung der Attraktivität für Pendler und Tourismus angeführt. Auf der anderen Seite wird auf die nicht rechtzeitige Einbindung der Öffentlichkeit bei der Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2030 hingewiesen. Mit Bezug auf die Zukunft der Strecke werden die Umverlegung des westlichen Endziels bis ins Oberzentrum Bielefeld oder eine Verlängerung bis zum Hauptbahnhof Osnabrück sowie eine Verbesserung des Umsteigeknotens Elze diskutiert.

- 1. Was ist konkret für die Bahnstrecke Elze–Löhne (Streckenummer 1820) geplant, und welches Potenzial hat diese Strecke?**
- 2. Welche Verbesserungen und/oder Beeinträchtigungen können mit diesen Planungen für die Anlieger, aber auch für die Region des Weserberglandes einhergehen?**
- 3. Sind die geplanten Maßnahmen an der Bahnstrecke Elze–Löhne Bestandteil des „Süd-niedersachsenprogramms“ der Landesregierung, und was bewirken sie für Südniedersachsen?**

17. Wo soll der Bauschutt rückgebauter Kernkraftwerke deponiert werden?

Abgeordnete Horst Kortlang, Dr. Gero Hocker, Jan-Christoph Oetjen, Jörg Bode und Gabriela König (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In Niedersachsen befinden sich mit den Kernkraftwerken Lingen und Stade aktuell zwei Kernkraftwerke im Rückbau. Mit dem Rückbau einher geht die Frage, wie mit den dadurch anfallenden Abfällen umgegangen wird, wobei zwischen den nicht radioaktiven Abfällen, wie z. B. Bauschutt oder Anlagenteile aus dem nicht radioaktiven Teil eines Kernkraftwerks, den radioaktiven Abfällen mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung sowie den wärmeentwickelnden radioaktiven Abfällen zu unterscheiden ist. Sowohl in der Diskussion um den Plenarantrag „Rückbau kerntechnischer Anlagen planen - Entsorgung schnellstmöglich klären“ als auch in den Antworten auf die Anfragen „Wie plant die Landesregierung den Rückbau kerntechnischer Anlagen?“ (Drucksache 17/1917) und „Wo soll der freigemessene Bauschutt aus dem KKW Stade hin?“ (Drucksache 17/3930) wurde deutlich, dass niedersachsenweit Deponiekapazitäten fehlen.

- 1. Wo sollen die Rückbauabfälle aus Lingen und Stade konkret deponiert werden (bitte möglichst nach Deponieklassen aufschlüsseln)?**
- 2. Wie viel Bauschutt fällt beim Rückbau der KKW Lingen und Stade an, und für wie viel davon gibt es heute Kapazitäten auf niedersächsischen Deponien (bitte möglichst nach Deponieklassen aufschlüsseln)?**
- 3. Wurde seit der Beantwortung der Anfrage „Wo soll der freigemessene Bauschutt aus dem KKW Stade hin?“ weiterer Bauschutt zu Deponien außerhalb Niedersachsens gebracht und, wenn ja, wann, wie viel und wohin?**

18. B 6: Welche Folgen hat die mangelnde Tragfähigkeit der Leinebrücke bei Neustadt?

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Gabriela König, Jörg Bode und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Seit dem 30. November 2016 ist die Befahrbarkeit der Leinebrücke im Zuge der B 6 bei Neustadt am Rübenberge um 50 % eingeschränkt. In einer Presseinformation heißt es hierzu, dass die Brücke grundsätzlich durch einen Neubau ersetzt werden soll. Weiterhin wird von mittelfristig anstehenden Um- und Ausbaumaßnahmen der B 6 berichtet, sodass alle Maßnahmen als Gesamtheit anfallen werden. Im Planungs- und Entwurfsmanagement (PEM) - Brückenerüchtigung und in den Antworten der Landesregierung zu anstehenden Brückensanierungen wurde die Leinebrücke bisher nicht aufgeführt.

- 1. Wann ist konkret mit dem Baubeginn bei den in Rede stehenden Maßnahmen (Um- und Ausbaumaßnahmen sowie Brückenneubau) entlang der B 6 im Bereich der Stadt Neustadt am Rübenberge zu rechnen?**
- 2. Wie hoch ist das Investitionsvolumen für den Neubau der Leinebrücke, und ist die Finanzierung eingeplant und gesichert?**
- 3. Welche Ingenieurbauwerke entlang von Landes- und Bundesstraßen in Niedersachsen befinden sich aufgrund der durchgeführten Nachberechnungen seit Januar 2015 derzeit in der Liste der erforderlichen Ersatzneubauten oder bei den erforderlichen Bauwerksverstärkungen?**

19. Hebammenversorgung in Niedersachsen? (Teil 1)

Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Christian Dürr, Björn Försterling, Horst Kortlang, Christian Grascha, Jan-Christoph Oetjen, Hillgriet Eilers und Gabriela König (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Hebammenleistungen sind für werdende Eltern und Familien ein wichtiges Angebot. Es mehrten sich Berichte darüber, dass keine Hebammen gefunden werden.

- 1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Wirksamkeit des Schiedsstellenbeschlusses von Ende September 2015 zum Ausgleich steigender Berufshaftpflichtversicherungsbeiträge vor?**
- 2. Plant die Landesregierung sich für die Entwicklung einer gemeinsamen Haftpflichtversicherung für alle Gesundheitsberufe nach dem Prinzip der Unfallversicherung einsetzen?**
- 3. Welche Geburtsstationen in Niedersachsen mussten in den letzten zwei Jahren bereits vorübergehend geschlossen werden bzw. bei welchen droht in absehbarer Zeit eine Schließung?**

20. Hebammenversorgung in Niedersachsen? (Teil 2)

Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Christian Dürr, Björn Försterling, Horst Kortlang, Christian Grascha, Jan-Christoph Oetjen, Hillgriet Eilers und Gabriela König (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Hebammenleistungen sind für werdende Eltern und Familien ein wichtiges Angebot. Es mehrten sich Berichte darüber, dass keine Hebammen gefunden werden.

- 1. Ist eine Initiative zur Änderung des Hebammengesetzes in Planung, und, wenn ja, welche Zielrichtung verfolgt diese?**
- 2. Welche Erreichbarkeit von Geburtsstationen oder Entbindungshäusern hält die Landesregierung für erstrebenswert?**
- 3. Bei welchen bisherigen Stationen würde sie eine Schließung begrüßen?**

21. Hebammenversorgung in Niedersachsen? (Teil 3)

Anfrage der Abgeordneten Christian Grascha, Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Christian Dürr, Björn Försterling, Horst Kortlang, Jan-Christoph Oetjen, Hillgriet Eilers und Gabriela König (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Hebammenleistungen sind für werdende Eltern und Familien ein wichtiges Angebot. Es mehrten sich Berichte darüber, dass keine Hebammen gefunden werden.

- 1. Plant die Landesregierung, die Einrichtung von Geburtshäusern oder Hebammen-Kreisensälen zu fördern, und beabsichtigt sie, auch freiberufliche Hebammen in die Versorgung einzubinden?**
- 2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Versorgungsengpässe bei Hebammenleistungen in der Betreuung und Beratung vor und nach der Geburt sowie bei Hausgeburten vor?**

3. **Plant die Landesregierung, die Vor- und Nachsorge durch Hebammen sowie die hebammengeleitete Geburtshilfe im Land zu stärken und sich für die Absicherung der freiberuflichen Hebammen einzusetzen, und, wenn ja wie?**

22. Welche Punkte des Hochwasserschutzgesetzes II kritisiert die Landesregierung?

Abgeordnete Horst Kortlang, Dr. Gero Hocker, Jörg Bode und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung der Abgeordneten Horst Kortlang, Dr. Gero Hocker und Jörg Bode (FDP) schrieb die Landesregierung: „Ungeachtet dessen wird der nunmehr von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf insgesamt begrüßt. Dies gilt insbesondere für die vorgesehene Änderung von Vorschriften, die der Erleichterung und Beschleunigung von Verfahren für die Planung, die Genehmigung und den Bau von Hochwasserschutzanlagen dienen sollen, z. B. zur Enteignung für Maßnahmen des Hochwasserschutzes. Andere Vorschriften innerhalb des Gesetzentwurfs werden hingegen seitens der Landesregierung kritisch beurteilt. Insgesamt bleibt jedoch zunächst das Bundesratsverfahren abzuwarten, bevor beurteilt werden kann, ob und inwieweit Vorteile für Niedersachsen aus dem Gesetz erwachsen“.

Weiter schreibt sie: „Im Gegensatz dazu ist bereits in der Anhörung der Länder zu dem Gesetzentwurf Kritik an dem vorgesehenen Verbot geübt worden. Es ist absehbar, dass diese Regelung noch Gegenstand von Diskussionen im Bundesrat sein wird.“

1. **Welche im Hochwasserschutzgesetz II formulierten Vorhaben werden von der Landesregierung kritisch beurteilt, und welche konkreten Kritikpunkte sind insgesamt bei der Anhörung der Länder vorgetragen worden?**
2. **Welches sind die zusätzlichen Vorschriften, „die dazu beitragen, die Entstehung von Hochwasser einzudämmen“, und wie bewertet die Landesregierung ihre praktische Wirksamkeit?**
3. **Welche Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes, des Baugesetzbuches, des Bundesnaturschutzgesetzes und der Verwaltungsgerichtsordnung sind konkret vorgesehen?**

23. Kommt ein Kaffeebecherpfand in Niedersachsen?

Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Gabriela König, Hillgriet Eilers und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Pressemeldungen zufolge prüft das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz Modelle zur Reduzierung von Einweggetränkebechern. Unter anderem wird über ein Pfandsystem diskutiert. Deutschlandweit werden nach Angaben der Deutschen Umwelthilfe 320 000 Becher pro Stunde verbraucht.

1. **Welche möglichen Alternativen zu Einweggetränkebechern prüft das Umweltministerium konkret?**
2. **In welcher Weise wäre ein auf Niedersachsen beschränktes Pfandsystem praktisch umsetzbar?**
3. **Welche Hygienebestimmungen sind bei einer Wiederbefüllung von Mehrwegbechern zu beachten?**

24. Kostenerstattungen des Landes an die Kommunen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Abgeordnete Jörg Bode, Björn Försterling, Jan-Christoph Oetjen, Gabriela König, Hillgriet Eilers, Dr. Marco Genthe und Horst Kortlang (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Bei der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge entstehen den Kommunen Kosten beispielsweise bei der Unterbringung in Pflegefamilien und Heimen sowie bei jungen Volljährigen auch für eine intensive sozialpädagogische Betreuung. Das Land erstattet den Kommunen die von ihnen ausgelegten Kosten. Allerdings beobachten die Kommunen, dass die Erstattung der Kosten nur mit großer Verzögerung erfolgt. Die Kommunen müssen dadurch für unbestimmte Zeit in Vorleistung gehen.

1. **In welcher Höhe hat das Land die Kosten im Bereich unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge an die Kommunen erstattet (bitte für 2015 und 2016 getrennt anführen)?**
2. **In welcher Höhe stehen entsprechende Erstattungen aus, und wie viele Anträge sind noch nicht bearbeitet (bitte für 2015 und 2016 getrennt anführen)?**
3. **Wie stellt die Landesregierung sicher, dass den Kommunen zeitnah ihre Vorleistungen erstatten werden?**

25. Was hat sich bei den anlasslosen Lebens- und Futtermittelkontrollen durch die Gebührenfinanzierung geändert?

Abgeordnete Hermann Grupe, Jörg Bode, Christian Grascha, Dr. Stefan Birkner und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die *Agra-Europe* hat am 28. November 2016 über eine „besorgniserregende Mykotoxinbelastung von Weizen und Triticale aus der polnischen Ernte 2016“ berichtet (Länderberichte, Seite 4). Das habe das belgische Unternehmen Nutriad, das Futtermittelzusatzstoffe herstelle, aufgrund eigener Untersuchungen festgestellt. Die Verwendung solcher belasteter Ausgangsstoffe bei der Herstellung von Tierfutter sei wahrscheinlich mit Gefahren für die Tiergesundheit verbunden. Um Vergiftungen bei den Tieren vorzubeugen, müssten dem Futter Zusatzstoffe zur Deaktivierung der Mykotoxine beigemischt werden.

1. **Wurden bei den anlasslosen Lebens- und Futtermittelkontrollen in Niedersachsen ähnliche Hinweise auf belastete Ernteerzeugnisse aus bestimmten Regionen gefunden, wenn ja, bei welchen Erzeugnissen aus welchen Regionen?**
2. **Welche Kontrolldichte gibt es bei den anlasslosen Kontrollen importierter Lebens- und Futtermittel, und an welchen Stellen finden diese Kontrollen im Importbereich statt?**
3. **Was hat sich bei den anlasslosen Lebens- und Futtermittelkontrollen im Importbereich durch die 2014 beschlossene Gebührenfinanzierung verändert (z. B. Kontrolldichte)?**

26. Praxistage im Rahmen von Sprachlernklassen

Abgeordnete Björn Försterling, Gabriela König und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In Niedersachsen werden zahlreiche Sprachlernklassen geführt. In der Regel sollen die Schülerinnen und Schüler maximal ein Jahr lang die Sprachlernklasse besuchen und je nach Fortschritt auch schon vor Abschluss der Sprachlernklasse die Regelklassen besuchen. Allerdings stellt sich in der Arbeit vor Ort oftmals heraus, dass ein Jahr, insbesondere für nicht alphabetisierte Schülerinnen und Schüler, nicht ausreicht, um die Sprache ausreichend zu lernen. Darüber hinaus stellt sich insbesondere bei Sprachlernklassen an Hauptschulen, Realschulen und Oberschulen die Frage nach

größerer Praxisnähe, um gerade die älteren Jahrgänge auf den Beruf vorzubereiten und durch den Kontakt mit Betrieben die Integration zu verbessern.

1. **Wie viele Sprachlernklassen gibt es derzeit in Niedersachsen (bitte nach Schulformen angeben)?**
2. **Können im Rahmen von Sprachlernklassen Praxistage durchgeführt werden?**
3. **Falls Frage 2 mit Ja beantwortet wurde: In welchem Umfang und an wie vielen Tagen in der Woche können Praxistage im Rahmen von Sprachlernklassen durchgeführt werden?**

27. Wie bewertet die Landesregierung den „bundeseinheitlichen Presseausweis“?

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD auf Bundesebene steht, dass die Koalition eine Initiative der Länder zur Wiedereinführung des „amtlichen Presseausweises“ unterstützen wird.

Auf der vergangenen Innenministerkonferenz am 29./30. November 2016 wurde der Beschluss gefasst, einen „bundeseinheitlichen Presseausweis“ wieder einzuführen. „Seit 2008 hatte es keinen bundeseinheitlichen Presseausweis mehr gegeben. Mit der jetzt getroffenen Vereinbarung wird die Praxis des bundeseinheitlichen Presseausweises unter dem Dach des Deutschen Presserates wieder eingeführt. Der Ausweis soll dazu dienen, den Nachweis zu erleichtern, anerkannte Vertreterin bzw. anerkannter Vertreter der Presse zu sein.“ (Pressemitteilung der IMK vom 30. November 2016)

Innenminister Boris Pistorius äußerte sich im Vorfeld der IMK in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* am 28. November 2016. Er sagte, dass die Arbeit der hauptberuflichen Journalisten und damit eine seriöse, faktenbasierte Informationskultur geschützt werden müsste. „Dazu gehöre ein offizieller Presseausweis, der Behörden und insbesondere auch Polizisten verdeutliche, einen professionellen Berichtersteller vor sich zu haben.“

Der Deutsche Fachjournalisten-Verband (DFJV) kritisiert die Einführung des Ausweises in mehreren Punkten. (Pressemitteilung vom 30. November 2016). Der Verband beanstandet u. a., dass der Presseausweis ausschließlich an hauptberufliche Journalistinnen und Journalisten ausgestellt werden soll. Dies verstoße „nach Ansicht des DFJV gegen die in Art. 5 GG verankerte Pressefreiheit und den in Art. 3 GG festgeschriebenen Gleichbehandlungsgrundsatz“. Ebenfalls wird seitens des DFJV angezweifelt, dass ein derartiger Ausweis „das von der IMK angestrebte Ziel, die Sicherheit beim Passieren von polizeilichen Absperrungen zu gewährleisten, mit dem Kriterium der Hauptberuflichkeit erreicht werden könne. Hierfür wäre nur eine Sicherheitsüberprüfung geeignet. Nicht hauptberufliche Journalisten unter Generalverdacht zu stellen, betrachtet der DFJV nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch als verwerflich.“ Auch die zukünftige Vergabe des Ausweises wird kritisiert. Eine ständige Kommission, bestehend aus jeweils zwei Vertretern der Innenministerkonferenz und des Deutschen Presserats, soll darüber entscheiden, welche Verbände künftig den bundeseinheitlichen Presseausweis ausstellen dürfen.

1. **Wie bewertet die Landesregierung den „bundeseinheitlichen Presseausweis“?**
2. **Wie beurteilt die Landesregierung den Vorwurf, der Ausweis verstoße gegen die in Art. 5 Abs. 1 gewährte Pressefreiheit?**
3. **Wie soll sichergestellt werden, dass auch nicht hauptberufliche Journalisten, die nicht durch den Presserat vertreten werden, ihrer Arbeit ungehindert nachgehen können?**

28. Rekrutieren Islamisten neue Anhänger in den Justizvollzugsanstalten?

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Radikalisierungsmethoden der islamistischen Szene sind vielfältig und umfassen fast alle Lebensbereiche. Die Erfahrungen aus anderen europäischen Mitgliedstaaten zeigen, dass die Islamisten versuchen, auch Strafgefangene für ihre Ideologie zu gewinnen.

(gegebenenfalls löschen) **Vorbemerkung der Landesregierung**

- 1. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, ob radikale Islamisten in Justizvollzugsanstalten des Landes versuchen, neue Anhänger zu rekrutieren?**
- 2. Wenn ja: Welche Bemühungen unternimmt das Land, um gegen die Rekrutierung und Radikalisierung von Gefängnisinsassen vorzugehen?**
- 3. Gibt es auf diesem Gebiet eine Zusammenarbeit zwischen den Justizvollzugsanstalten und dem Verfassungsschutz? Wenn nein: Warum nicht?**

29. Wie viele Fördertöpfe braucht das „Mega-Projekt“ Wasserkante in Norddeich?

Abgeordnete Hillgriet Eilers und Jörg Bode (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die geplante Umgestaltung der Wasserkante in Norddeich ist umfangreich und ambitioniert. Ein Masterplan gliedert das Vorhaben in mehrere Abschnitte, verschiedene Projekte und Bauabschnitte. Laut Presseberichterstattung soll das niedersächsische Wirtschaftsministerium dem 30-Millionen-Euro Vorhaben aufgeschlossen gegenüberstehen. Die Stadt Norden und deren Wirtschaftsbetriebe beabsichtigen, für das Vorhaben mehrere Fördertöpfe zu beanspruchen und kreative Ideen für diesen Zweck zu entwickeln. Derzeit zeichnet sich bereits ein Interessenkonflikt zwischen den planerischen Absichten der Stadt Norden und den weiteren Hafenplanungen von Niedersachsen Ports ab. Unklar ist auch, ob und inwieweit es zu weiteren Konsultationen, z. B. mit Deich- und Naturschutzbehörden, gekommen ist.

- 1. Wann wurden Gespräche zum Vorhaben „Masterplan Wasserkante“ mit Ministerien und Landesbehörden geführt, und welchen Inhalt haben diese gehabt?**
- 2. Wie beurteilt die Landesregierung die langfristig geplanten touristischen Gesamtvorhaben von Norden und Norddeich („Masterplan Wasserkante“ und Tourismus-Konzept)?**
- 3. Für welche Projekte, Teilprojekte oder Vorhaben des „Masterplan Wasserkante“ hat die Landesregierung bereits Förderungen zugesagt oder in Aussicht gestellt?**

30. Wie viele islamistische Strafgefangene gibt es in den niedersächsischen Justizvollzugsanstalten (JVA)?

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Laut dem aktuellen Verfassungsschutzbericht befanden sich bis zum Stichtag 15. Mai 2016 ca. 550 Salafisten in Niedersachsen - mit steigender Tendenz -, darunter bis zu 40 Personen aus Wolfsburg sowie 100 Personen aus Braunschweig. Eine Vielzahl von Strafverfahren aus dem Phänomenbereich Islamismus ist anhängig oder wurde durch eine richterliche Entscheidung abgeschlossen.

- 1. Wie viele mutmaßliche Islamisten, gegen die entsprechend ermittelt wurde, befinden sich zurzeit in niedersächsischen Justizvollzugsanstalten (alle Haftarten; bitte aufschlüsseln nach JVA, Anzahl und Gruppe)?**

2. **Gegen wie viele Personen aus Niedersachsen werden und wurden Straf-, Ermittlungs- oder Vorermittlungsverfahren geführt, die mit dem Phänomenbereich Islamismus in Zusammenhang stehen?**
3. **Wie viele dieser Verfahren wurden bereits mit welchem Ergebnis abgeschlossen?**

31. Zuweisung von Pädagogischen Mitarbeitern

Abgeordnete Christian Grascha, Björn Försterling, Hillgriet Eilers und Gabriela König (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der Runderlass des Kultusministeriums vom 7. Mai 2013 regelt bezüglich der Zuweisung von Pädagogischen Mitarbeitern für Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung an allgemeinbildenden Schulen ohne Förderschulen:

„Diesen Schulen können je Schülerin oder je Schüler mit einem festgestellten Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung der Schwerpunkte geistige Entwicklung bzw. körperliche und motorische Entwicklung bedarfsorientiert bis zu fünf Stunden für eine Pädagogische Mitarbeiterin bzw. einen Pädagogischen Mitarbeiter bereitgestellt werden.“

1. **Wer definiert und entscheidet über den Bedarf an Pädagogischen Mitarbeitern in den genannten Bereichen?**
2. **Wie viele Schülerinnen und Schüler haben theoretisch einen Anspruch auf die oben genannte Unterstützung, und in wie vielen Fällen ist Bedarf festgestellt worden (bitte auch die Höhe des Gesamtbedarfs darstellen)?**
3. **In wie vielen Fällen wird der tatsächliche Bedarf vonseiten des Landes durch Zuweisung Pädagogischer Mitarbeiter gedeckt?**

32. Wie hat sich die islamwissenschaftliche Kompetenz in den niedersächsischen Sicherheitsbehörden entwickelt?

Abgeordneter Sebastian Lechner (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* berichtet in ihrer Ausgabe vom 21. Mai 2014 („Nur zwei Experten beobachten Islamisten-Szene“), dass im niedersächsischen Verfassungsschutz zwei Islamwissenschaftler beschäftigt seien. Von den 280 Mitarbeitern des Verfassungsschutzes seien außerdem vier Mitarbeiter türkischkundig und drei Mitarbeiter sprächen Arabisch.

1. **Wie viele Islamwissenschaftler sind in welchen niedersächsischen Sicherheitsbehörden beschäftigt?**
2. **Wie viele Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sprechen inzwischen Arabisch und Türkisch?**
3. **Haben die niedersächsischen Sicherheitsbehörden inzwischen Dolmetscher oder Übersetzer für Türkisch und Arabisch eingestellt? Wenn ja, welche Behörde und wie viele zu welcher Sprache?**

33. Wo kommt das Personal der zusätzlichen Ermittlungseinheiten Staatsschutz her?

Abgeordneter Sebastian Lechner (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Laut Antwort der Landesregierung in der Drs. 17/4818 wurden zum 1. Oktober 2015 bei den zentralen Kriminalinspektionen zusätzliche Ermittlungseinheiten Staatsschutz eingerichtet.

- 1. Mit wie vielen Mitarbeitern sind diese Ermittlungseinheiten jeweils ausgestattet?**
- 2. Von welchen Dienstposten wurden diese Mitarbeiter abgezogen?**
- 3. Inwieweit wurden im Jahr 2016 Verstärkungskräfte zur Bekämpfung des Salafismus eingesetzt?**